

Titel: Modellregion für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 27.02.2018
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, sich als Modellregion im Rahmen der Planungen der Bundesregierung zu einem kostenfreien öffentlichen Personennahverkehr zu bewerben. Dabei soll auch geprüft werden, ob neben der Kostenfreiheit auch Optionen Gegenstand einer Förderung durch die Bundesregierung sein können, die auf eine Fahrpreiskostenreduzierung bei gleichzeitiger qualitativer Verbesserung des ÖPNV hin orientieren. Der Schülerverkehr ist in jedem Fall kostenfrei zu gestalten.
2. Der Oberbürgermeister wird ergänzend darum gebeten zu prüfen, ob eine Ausweitung der Modellregion auf ganz Vorpommern sinnvoll und erfolgversprechend ist. Dazu sollen weitere Gespräche mit der Hansestadt Greifswald und dem Landkreis Vorpommern-Greifswald geführt werden.

Begründung:

Die Bundesregierung plant vor dem Hintergrund der drohenden EU-Strafen in Modellregionen einen kostenfreien öffentlichen Personennahverkehr einzurichten. Ziel ist dabei die Feinstaubbelastungen vor allem in städtischen Räumen zu verringern, aber auch die Emissionen anderer durch den Individualverkehr verursachter Schadstoffe zu reduzieren. Dass hier sehr günstige Effekte möglich sind, zeigt Templin in Brandenburg. Hier erhöhten sich die Nutzungszahlen von 40.000 auf mehr als 600.000 Fahrten pro Jahr. Mit der entsprechenden Reduzierung des Autoverkehrs verringerte sich auch die Feinstaubbelastung.

Derzeit werden durch die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung nur Städte, bzw. Regionen in den alten Bundesländern berücksichtigt. Doch auch in Ostdeutschland entstehen erste Initiativen, so in der Region Halle/Leipzig. Auch in den Städten Rostock und Schwerin werden erste Überlegungen angestellt.